

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postkontonr. Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 600.

**Inseratenpreise:**  
Die 7 gespaltene Pettizelle 1.55 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.40 Mk.  
Die Reklame-Pettizelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Abbruch des Kampfes!

### Ruhe in Leipzig! — Die Zerstörung des Volkshauses! Ende des Generalstreiks — Arbeitsaufnahme Montag.

Dem Schmerz und der Erbitterung, die die Leipziger Arbeiterschaft heute erfüllen, können wir nicht die Worte leihen, die ihrer Tiefe und Stärke entsprechen würden, Unbeschreibliches durchwühlt die Brust des Proletariats.

Das Volkshaus, das Haus der Leipziger Arbeiterschaft, das Wahrzeichen der Stellung, die sie in Leipzig errungen hatte, dies steingewordene Zeugnis der proletarischen Solidarität, diese Leistung der gesammelten Kraft der Zehntausende, die einzeln nichts sind, dieser Bau, der den Stolz und die Freude des klassenbewußten Arbeiters unserer Stadt bildete, ist zerstört. Die hochragende Kuppel liegt in Trümmern am Boden, die brandgeschwärzten Mauern drohen mit dem Einsturz. Gräßlich hat die Verwüstung, hat der Brand sein Werk getan.

Was Hände zerstört, können Hände wieder bauen. Furchtbarer als die Verluste an materiellem Gut sind die an Menschenleben. Und furchtbarer noch als sie schmerzt es uns, daß das Ziel, für das so manche in diesen Tagen ihr Leben dahin gegeben haben, nicht erreicht ist.

In begreiflicher Erbitterung über das Blutbad des Sonntags, das die Zeitfreiwilligen unter dem Proletariat angezündet haben, in der ebenso begreiflichen Befürchtung, daß das Militär, da seine Leitung zuerst beharrlich eine unzeitbedingte Erklärung über ihre Stellung zum Putsch der Kapp und Lüttich, zu dem verbrecherischen Unternehmen verweigerte, das die Aufzucht der junckerlich-großbourgeoisien Klassenherrschaft über das Proletariat bezweckte und als letztes Ziel die Umwandlung der Republik hatte, verschaffte die Leipziger Arbeiterschaft sich Waffen, bildete aus dem Nichts eine Organisation zur Abwehr der drohenden Gefahr. Die verspäteten Erklärungen der militärischen Stellen, daß sie die Machenschaften der Kappbande nicht unterstützen würden, daß sie die Verfassung gegen sie schützen wollten, konnten das Mißtrauen nicht mehr zerstreuen. Die Leipziger Arbeiterschaft wollte bewaffnet bleiben, um eine zuverlässige Schutzwehr gegen alle künftigen Versuche aufzurichten, die Republik zu zerstören und die Monarchie, die Herrschaft der Privilegierten wieder herzustellen.

Die Kämpfe, die sich daraus entwickelten, die in dieser Atmosphäre der hochgestiegenen Spannung nicht verhindert werden konnten, suchten die Leitungen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften durch Verhandlungen mit dem Kommando des Militärs zu beenden. Leider gelang das infolge von Umständen, die wir hier nicht näher zergliedern wollen, die aber vor allem in der Schwere lagen, bei der demokratischen Verfassung der Arbeiterschaft innerhalb weniger Stunden einen einheitlichen Entschluß zustande zu bringen, der von aufs äußerste erregten Kämpfern ein gewaltiges Maß von Selbstbeherrschung, Selbstüberwindung und den eisernen Willen zu kühler, nüchternster Prüfung verwickelter Umstände forderte, nicht mit der Schnelligkeit, die in dieser höchst kritischen Lage notwendig war. Ein kostbarer Tag ging verloren, ehe das Abkommen mit dem Militär ratifiziert wurde und als es geschah, war es zu spät. Die Verzögerung hatte zur Folge, daß die sächsische Regierung, die eben den Belagerungszustand aufgehoben hatte, ihn wieder über Leipzig verhängte. Gestützt darauf, konnte die Militärtätigkeit das Abkommen für versfallen erklären, neue Verhandlungen ablehnen, harte Bedingungen diktieren und gleich nach der Verkündung, daß sie nicht gedente, etwas gegen die organisierte Arbeiterschaft zu unternehmen, jenen Ausfall ausführen lassen, der die Zerstörung des Volkshauses, das Heim der organisierten Arbeiterschaft, durch Granaten und Brand brachte.

Das Abkommen war kein Stog, aber wahrlich auch keine Niederlage der Arbeiterschaft. Seine Durchführung wäre ein Verständigungsfrieden gewesen, der beiden Parteien etwas brachte. Die Bedingungen, die jetzt zu erfüllen sind und die von der Arbeiterschaft in der Situation, die die Verzögerung des Entschlusses am Donnerstag uns bereitet hat, erfüllt werden müssen, um Schlimmeres zu verhüten, sind weit ungünstiger für das Proletariat. Die sächsische Regierung hat eine große Verantwortung auf sich geladen, als sie die Abschüttelung

des Abkommens durch das Militär möglich machte vermittelst der erneuten Verhängung des Belagerungszustandes

Die politische Situation, die sich verheißungsvoll für das Proletariat zu gestalten anhebt, ist wieder schwer verdüstert worden, die Einigung der Arbeiterklasse in gemeinsamer Aktion muß neue Gefahren erwecken. Wir wollen das unsere tun, daß sie noch abgewendet werden und wir wünschen nichts sehnlicher, als daß die andere Seite, die Rechtssozialisten, sich dieses selbe Ziel stecke. Sie werden alsbald ihren ernststen Willen durch die Tat zu beweisen haben. Es gilt, das Werk, zu dem die städtischen Kollegen in dieser schweren Woche den ersten Spatenstich getan haben, es gilt, die Einwohnerwehr zu errichten und schnell zu errichten, es gilt, sie zum festen Bollwerk der Republik, zum unzerbrechlichen Schutzwall vor neuen gegenrevolutionären Angriffen zu machen, es gilt, die schon sich regenden Sabotagegefühle des Bürgertums unschädlich zu machen. Und es gilt, die schnellste Aufhebung des Belagerungszustandes von der Regierung zu bewirken. Hier ist der Prüfstein, an dem sich die Einheitsfront des Proletariats zu bewähren hat. Jedes Schwanken, jede unzuverlässige Bewegung auf diesem Felde müßte sie sofort zerstören. Doch das werden die Rechtssozialisten selbst wissen.

Gelingt es, die Einwohnerwehr so zu schaffen und so zu erhalten, wie sie sein muß, um ein wirklicher Schutzdamm der Republik, der Revolution zu werden, so sind die Opfer dieser schweren Woche doch nicht ganz ohne Ergebnis geblieben.

Die Waffen schweigen, die Ruhe ist wiedergekehrt in der schwergeprüften Stadt. Die Arbeiterschaft hat das harte Werk der Selbstüberwindung, das von ihr in ihrem eigenen Interesse gefordert wurde, zu vollbringen vermocht. Jedem, der dazu beigetragen hat, sagen wir Dank.

Daß die Arbeiterschaft mit bitteren Gefühlen die Waffen abgibt, wissen wir. Um so mehr gereicht es ihr zur Ehre, daß sie die Notwendigkeit nicht verannte, daß sie sich nicht zu verhängnisvoller Gefühlspolitik fortreißen ließ, sondern den harten Tatsachen entschlossen ins Auge blickte und dem ernst erwogenen Rat ihrer Führer folgte, ihre Gründe scharf prüfte und anerkannte. Das gibt uns auch die Gewißheit, daß unsere Partei, der Grundstein unserer Hoffnung auf die bessere Zukunft, die schwere Erschütterung dieser Tage ohne nachhaltigen Schaden überwinden wird, daß die Arbeiter bei allem Schmerz und allem Groll sich den Blick nicht trüben lassen werden über die Gründe, die zu diesem Ausgang führten, daß sie nicht im blinden Jorn Personen, nicht die Leitung ihrer Partei für Geschehnisse verantwortlich machen werden, die abzuwehren nicht in ihrer Macht lag; daß sie den moralischen Mut, der dazu gehörte, ihnen den Abbruch des Kampfes anzuraten, nicht minder anerkennen werden, als jenen, den in diesen Tagen so viele Tapfere in gefährlicher Lage gezeigt haben.

Geschlossen, wie sie in den Kampf eintrat, muß die Arbeiterschaft Leipzigs am Montag den Generalstreik abbrechen. Die Disziplin, die der einzelne beweist durch seine Unterwerfung unter den Beschluß der Mehrheit, wenn er selbst auch andere Entscheidung gewünscht haben wollte, sie ist die Mutter der Siege, sie wird schließlich die geeinigte Arbeiterschaft zum entscheidenden Erfolg führen!

Ehre den Lebenden, Ehre den Toten. Die Wunden dieser Tage werden vernarben, ihr Gedenden wird bleiben. Und nun gemeinsam an die Arbeit für unsre Sache, die immer bleibt über allen Stürmen. Das Volkshaus ist zerstört, das Zeugnis vom Aufstieg der Arbeiterschaft. Es war unser gemeinsames Werk — vereint wollen wir es wieder aufbauen!

### Der Kampf.

Die Kämpfe in Leipzig können als beendet angesehen werden. Wie in allen Revolutionen der Neuzeit hat auch diesmal wieder das Proletariat sein Blut verstreut im Kampfe gegen die Reaktion.

Und wie in allen Revolutionen der Neuzeit ist auch diesmal das Proletariat nicht der alleinige Ruheliefer seiner Aufopferung. Es hat die absolutistische Reaktion besiegt und hat unter den gegebenen historischen Bedingungen wieder seinen Gegner in den Sattel helfen müssen: das kapitalistische Bürgertum. Wohl hat ihm die Novemberrevolution einige Freiheiten gebracht, die ihm den Kampf gegen die Ausbeutung erleichtern, den Weg zum Sozialismus etwas ebener gestalten. Und die Kämpfe dieser Märzten galten ja der Erhaltung dieser wenigen Freiheiten. Aber die endgültige Befreiung ist dem Proletariat noch nicht geworden; nicht einmal die politische, geschweige denn die ökonomische. Diese aber ist das große Ziel, das sich die Arbeiterschaft steckt hat. Ohne die ökonomische Befreiung, ohne die wirtschaftliche Gleichheit, können die revolutionären Kämpfe der Gegenwart nicht abschließen.

Wie die Lage im Reich zeigt, hat die Arbeiterschaft allerorten den tieferen Sinn der Gegenwart begriffen. Überall der entschlossene Kampf gegen die Reaktion, überall aber auch das Bestreben, die Opfer für ein weiteres Ziel gebracht haben zu wollen. Ein abschließendes Urteil ist heute noch nicht möglich. Die einschneidenden Meldungen sind spärlich; und sie sind vor allen Dingen einseitig. Sie stellen die Ereignisse so dar, wie sie von interessierter Seite gesehen werden. So sind denn auch die Meldungen über weitere Unruhen mit Vorbehalt zu genießen, ebenso die Behauptungen über Absichten, eine Präsidialatur aufzurichten. Einen Erfolg haben diese Meldungen freilich schon gehabt, nämlich den, das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft zusammenzuschweißen. Und noch einen weiteren: dem Bürgertum die Reaktion vor rechts weniger unangenehm erscheinen zu lassen, als die revolutionären Bestrebungen im Proletariat. Das klingt deutlich aus den Verhandlungen der Nationalversammlung heraus, die am historischen 18. März in Stuttgart tagte und sich ausschließlich mit dem Putsch der Nationalisten beschäftigte. „Der Angriff von rechts ist abgeschlagen. Das darf man annehmen. Aber sollte auch ein Angriff von der äußersten Linken kommen, so werden wir auch damit fertig werden.“ So der Redner des Zentrums. Und wenn der Kanzler meinte:

Die kommunistische Welle ist aber im Steigen begriffen und wir werden ausnahmslos fortfahren, jede Gewalttat auf die Freiheit unseres Gesamtvolkes abzuwehren. Wir stehen nicht einseitig und parteiisch nach rechts oder links. Wir führen die Waffen gegen jeden Putsch, gegen jeden Anschlag auf die Demokratie.

So hat er selber völlig vergessen, etwas hinzuzufügen über die Absichten der Regierung, der deutschen Arbeiterschaft in ihrem Streben nach Vergesellschaftung der Produktion entgegenzukommen. Einzig und allein aber ein solches Entgegenkommen vermag die Arbeiter zu befriedigen. Schließlich ist die Erkenntnis weit genug durchgedrungen, daß die Sozialisierung nicht von heute auf morgen geschehen kann. Aber den Beginn der Sozialisierung wollen die Arbeiter sehen, den Anfang, der sich nicht auf billige Worte beschränkt, sondern in Taten erkennbar ist, in einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitervereinigungen und dem Freien Beamtenbund an die Regierung gestellten Forderungen sind bis zur Stunde noch nicht mit einem platten Ja beantwortet. Und dabei heischen sie tatsächlich nichts als Selbstverständlichkeiten, wenigstens für eine demokratische Republik, wie es ja Deutschland sein soll. Die Regierung wird noch einiges zu tun haben, um den gewünschten Frieden zu erreichen.

Die Stellung der Leipziger Arbeiterschaft zu der am Freitag abgedruckten Vereinbarung zwischen der Arbeiterschaft und dem Kommando der Reichswehrbrigade ergab sich aus den Bestimmungen der 25 Versammlungen, die am Freitagvormittag stattfanden. Nachdem 18 Versammlungen dafür gestimmt hatten, beschloß die vereinigte Körperschaft (Gewerkschaftskartei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Sozialdemokratische Partei) nochmals mit der gegebenen Situation. Das Ergebnis der Beratungen war nachstehendes Flugblatt, das, wie an anderer Stelle nachzulesen ist, allerlei Behinderungen erfuhr und schließlich nur in wenigen Exemplaren verbreitet werden konnte.



# Arbeiter Leipzigs!

Die heute vormittag abgehaltenen Versammlungen haben mit Mehrheit beschlossen,

## den Kampf einzustellen und den Generalfreih aufzuheben.

Von den Versammlungen haben 10 für und 10 gegen den Vorschlag gestimmt. Der Beschluß ist unter der Voraussetzung gefaßt, daß der Friedensvertrag in Geltung treten sollte. Nach altem Grundsatz ist damit beschlossen.

## den Kampf einzustellen und den Generalfreih aufzuheben.

Inzwischen hat sich die Situation völlig verändert. Der Generalmajor Senfft von Pilsach saßt das Verhalten der Arbeiter am nächsten Tage als einen Bruch des Friedensvertrages auf, der in der Nacht vom 17. zum 18. März beschloßen worden war. Die sächsische Regierung hat auf Grund von Artikel 18 der Reichsverfassung für die Kreisauptmannschaft Leipzig den

### Ausnahmezustand verhängt!

Damit ist die vollziehende Gewalt auf den Generalmajor Senfft von Pilsach übergegangen.

Genosse Lipinski hatte heute vormittag mit Generalmajor von Pilsach eine Unterredung. In dieser erklärte der General, daß für ihn der Friedensvertrag nicht mehr besteht, daß er seine ganze militärische Macht aufbietet, um in Leipzig Ruhe und Ordnung zu schaffen. Er ziehe auch von außerhalb Truppen heran und schalte sich vor, auch preussische Truppen herbeizuleiten. Er kämpfe nicht gegen die organisierte Arbeiterschaft; und wenn diese den Kampf einstelle, dann bleibe nur der Mob übrig, für den die organisierte Arbeiterschaft nicht die Verantwortung tragen wolle und könne.

Er überreichte dem Genossen Lipinski folgende Grundlinien, nach denen er den Kampf führen will:

Leipzig, den 10. 3. 1920, 12 Uhr mittags.

Herrn Lipinski sind vom Befehlshaber der Kreisauptmannschaft Leipzig, Generalmajor Senfft v. Pilsach, ohne nähere Verhandlungen folgende Grundbedingungen bekanntgegeben worden, nach denen in Leipzig auf schnellstem Wege Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden kann:

1. Die organisierte Arbeiterschaft gibt sofort ihre Stellungen auf, zieht sich von den Straßen zurück und nimmt die Arbeit wieder auf.
2. Sämtliche Waffen sind in außerhalb des von den Truppen zur Zeit belegten Stadtkerns anzulegenden Sammelstellen abzugeben. Sie werden dort der Reichswehr übergeben. Vom 21. 3., 6 Uhr vorm., ab darf niemand mehr Waffen in der Hand oder in seiner Wohnung besitzen.
3. Jeder Widerstand, den Reichswehr oder Zeitfreiwilligen finden, wird rücksichtslos gebrochen.
4. Wo sich Gefangene oder Geiseln in Händen der organisierten Arbeiterschaft befinden, sind sie sofort dem Vollzettel zuzuführen.

Von Seiten der Truppen, die in und um Leipzig liegen, wird schon jetzt nach diesen Grundbedingungen verfahren.

## Genossen! Jetzt gibt es nichts mehr zu verhandeln!

Die unterzeichneten Körperschaften waren der Auffassung, daß es zwecklos ist, wenn die Arbeiterschaft versuchen wollte, den mit allen modernen Nachmitteln ausgerüsteten und gutorganisierten Reichswehr- und anderen Truppen durch die schlecht bewaffnete Arbeiterschaft bewaffneten Widerstand zu leisten. Ein solcher Widerstand würde bei allem Opfermut der Arbeiterschaft doch nur zu zwecklosen blutigen Opfern führen. Deshalb beschloßen die unterzeichneten Körperschaften einstimmig

## Die Arbeiter werden aufgefordert, sich von den Kampflinien der Truppen abzuziehen, den Kampf einzustellen, die Waffen zu sammeln und die Arbeit aufzunehmen.

Leipzig, 10. März 1920.

### Das Gewerkschaftsstatut.

### Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei.

Die in dem Flugblatt angeführten Grundbedingungen des Militärbefehlshabers sind inzwischen modifiziert worden, wie aus dem untenstehenden Aufruf an die Bevölkerung Leipzigs zu ersehen ist.

Noch wütete das Feuer im Volkshaus, da setzten sich auch schon die reaktionären Feinde in Bewegung, um den Sieg zu feiern. Natürlich kein anderes Blatt als die Leipziger Neuesten Nachrichten finden den traurigen Mut, nun, da der Gegner am Boden zu liegen schien, die schmutzigen Kanäle zu öffnen und den seit Tagen verhaltenen giftigen Quell über die Arbeiterschaft seinen Lauf zu lassen. Die Uebung dazu sibt diesem Blatte ja im Blute. Sein Bericht über die Vorgänge am Freitag liest sich wie ein Schundroman und ist bespickt mit den niederträchtigsten Verdächtigungen gegen die Leipziger Arbeiterschaft. Mit einer Elegie beginnt er: „Darum schlen die Märzjonne am Freitagmorgen über der Stadt,“ um dann in den Ton des Schlachtenberichts zu verfallen. Die Rewortphantastie eines Schundliteraten tobt sich ungenümt aus; das ganze Verflon des Mäuerromanschreibers ist geplündert. Die Arbeiter sind „Aufständische“, das Zentrum der Aufständischen ist das Volkshaus. Womit den Lesern des Berichts das nötige Gruseln vor den Leipziger Arbeitern und das nötige Verständnis für die militärische Aktion beigebracht ist. Diese Aktion aber wird in der blutrünstigsten Weise geschildert. Einzelne Stellen herauszugreifen, ist kaum möglich; ein Schlagwort jagt das andre; der phantastische Sudler wählt nur so in seinem Schlammlübel. Die kämpfenden Arbeiter sind ihm „heimtückliche Bedenklichen“, weil sie angeblich Häuser feuerten. Wenn die Tage her Brauzug aus Häusern auf Arbeiter feuerten, so war dies natürlich etwas anderes. Die Döbe aber erklumt der „Schlachtenbericht“ bei der Schilderung über die Vernichtung des Volkshauses. Wobei dem Brauen aber ein Malheur passiert ist. Denn er beständig, was wir über die Anbrunstung des Feuers der Leipziger Arbeiterschaft berichten.

„Prasselnd, qualmend, in hellen Flammen steht das schöne staltliche Haus. Der Turm des Volkshauses zeigt deutlich den Einschlag einer Granate. Wie auf einem Schlag aus allen Fenstern

die Flammen, im ersten Stock ebenso wie im letzten. Dies muß ein schwerer Kampf getobt haben.“ Ah nein, verehrter Schmierlax, hier hatte gar kein „schwerer Kampf“ stattgefunden. Die Ursachen, daß auf ein mal die Flammen aus dem ganzen Hause löstgen, bestanden nicht anders als die infame Brandstiftung. Und noch eine andre, ungewollte Bestätigung gibt der Bericht.

Zweimal verlor die Feuerwehr dem unglücklichen Volkshaus zu Hilfe zu kommen. Zweimal mußte sie, in starkes Feuer genommen, den Versuch aufgeben. Endlich, beim drittenmal, gelang es ihr.“

Jawohl, so war es. Und der Keller des Turms gegen das Volkshaus wird dem „Kriegsberichter“ nicht dankbar sein für das Material, das er gegen ihn geliefert hat.

## Die Zerstörung des Volkshauses.

Eine Zerstörungstat ist gelungen! Der Leipziger Arbeiterschaft stolzes Heim, das Volkshaus, ist zerstört, ist niedergebrannt nach den Methoden, die in Belgien und Frankreich üblich waren. Der stolze Bau ist vernichtet, eine rauchende Ruine ist der traurige Rest. Wo sonst der Herzschlag der Leipziger Arbeiterbewegung pulste, breitet sich eine Grabstätte, starren die Fensterhöhlen. Und die das vollbrachten?

Am 10. März, nachmittags 8 Uhr, unternahmen die Reichswehrtruppen einen planmäßigen Vorstoß gegen das Volkshaus. Der Angriff erfolgte aus der Richtung des Rathhauses durch die Zeilber Straße und von der Doursstraße her. Die Insassen des Volkshauses wurden um 9 Uhr plötzlich durch eine wilde Schießerei in der Zeilber Straße aufgeschreckt. Viele Gäste des Volkshauses versuchten das Haus zu verlassen, einer Anzahl gelang es auch, durch den Garten nach dem Gebäude in der Braustraße zu gelangen und von dort auf die Straße zu kommen. Am Saale des Volkshauses wartete gerade eine Versammlung auf einen Bericht, den eine Kommission erstatten sollte. Die Versammelten gelangten ebenfalls durch das Gebäude in der Braustraße ins Freie.

Zu dem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer kam auch bald

### Artilleriefeuer auf das Volkshaus.

Eine Mine traf den Turm des Volkshauses, der dadurch abgebrochen wurde. Auch mit Schrapnells wurde das Volkshaus beschossen. Es schlug noch eine zweite Mine ins Volkshaus ein, während zwei weitere Minen den benachbarten Vereinshof trafen. Die Beschädigung des Volkshauses dauerte ungefähr bis ¼ 4 Uhr.

Auf der Straße flohen die Passanten vor dem Gewehrfeuer, um sich in einer Seitenstraße in Sicherheit zu bringen. Geschicklich, sprunghaft, arbeitete sich der Sturmtrupp der Reichswehr an das Volkshaus heran. Die Barrikade an der Sidonienstraße bot dem Sturmtrupp kein Hindernis. Der Vorstoß ging zunächst ein Stück über das Volkshaus hinaus. Nicht hinter dem Sturmtrupp folgte die Hauptmasse der Reichswehr. Bei dem Vorstoß in der Zeilber Straße führte die Reichswehr eine Kanone mit sich, die schußfertig von den Soldaten vorwärtsgeschoben wurde. Die Hauptmasse der Reichswehr drang mit Hurra sofort in das Volkshaus ein. Im Restaurant des Volkshauses war der größte Teil des Personals, außerdem einige Gäste versammelt. Die eindringenden Koskiden riefen:

### Sünde hoch

wobei sie mit Handgranaten und Schußwaffen drohten. Der Maschinist des Volkshauses ging auf den Mittelmeister zu, der den Trupp befehligte, und sagte zu ihm: „Der Mittelmeister, hier ist das Personal des Volkshauses versammelt, die Leute haben nichts getan.“ Darauf packte der Mittelmeister, sein Name ist März, den Maschinisten an der Brust und sagte: „Die haben Waffen gehabt, geben Sie es zu, Ihr Vorderegeßel!“ Dann wurde das Personal auf Waffen vorkittiert. Bei der Vorkittung listete einer der Soldaten den Schmier,

### wie die Koskiden bearbeitet worden sind.

Der Koske sagte: „Und wenn ich selbst falle, aber ich nehme noch fünf mit.“ Dann behauptete dieser Soldat, im Volkshaus seien gefangene Reichswehrsoldaten versteckt, denen die Geschlechtsteile abgeschnitten worden sind. Ein Reichswehrsoldat habe 24 Messerstücke erhalten, auch dieser sollte im Volkshaus liegen. Note, verwundete und gefangene Reichswehrsoldaten seien im Volkshaus im Keller versteckt.

### Die Durchsuchung des Volkshauses.

Das weibliche Personal des Volkshauses war bei der Beschließung in den Keller geflüchtet. Als die in den Restaurationsräumen Anwesenden vorkittiert waren, ging es an die Durchsuchung der Keller. Auch hier begannen die Kosken mit dem Zuruf: Hände hoch! Als die Koskiden an eine verschlossene Tür kamen, schrie ein Koske: „Ihr Dunde, schafft die Schlüssel her, hier sind Gefangene drin, sonst nehme ich eine Handgranate.“ Damit schraubte der Mann die Handgranate los, um sie unter die wehrlosen Leute zu werfen. Ein Mann erklärte, er werde den Schlüssel sofort holen; was auch geschah. Natürlich fanden sich die vermuteten Gefangenen nicht, weil niemals Gefangene dort untergebracht waren. Sämtliche Räume des Volkshauses wurden von Offizieren und Mannschaften der Reichswehr durchsucht, ohne daß ein Gefangener oder Toter gefunden wurde, es wurden auch keine Waffen und Munition gefunden. Die Schränke im Weinsteller wurden aufgedreht. Bei der Durchsuchung im Keller sah der Geschichtshörer des Volkshauses, daß einige Koskemansschaften sich am Wein stillisch taten. Ein Offizier sagte darauf den Leuten: „Das gehört uns nicht.“ Im Gegensatz zu diesem Vorgang sei erwähnt, daß sich im Restaurant des Volkshauses Reichswehrsoldaten Bier, Kaffee und Zigarren bestellten und das Bestellte auch bezahlten.

Bei der Durchsuchung der oberen Räume wurden rücksichtslos die Türen zu dem Kontor und zu den Bureaus aufgeschlagen. Auch hier wurden weder Waffen noch Munition gefunden.

### Wie gesucht und was gefunden wurde.

Ein Kellner sah im Café des Volkshauses zwei Koskiden stehen, die sich einer Kiste Zigarren (Holländer) und eines Pakets Zigaretten in einer Packung von 500 Stk aus einem erbrochenen Zigarettenkarton bemächtig hatten. Es ist auch noch ein anderer Zigarettenkarton erbrochen worden. Nachher sind Reichswehrmannschaften gesehen worden, mit großen Paketen unter dem Arm, in denen vermutlich Zigarren enthielten waren. Auf dem Autos, die mit den Reichswehrtruppen abfahren, sind nachher auch Kisten aus dem Volkshaus gesehen worden. Ein Kellner hat gesehen, daß ein Reichswehrsoldat eine Schrägmaschine und ein Paar neue Herrenschuhe

mitgeführt haben sich mit einer im Hofe stehenden Feldküche bereitgestellt hatte. Der Soldat nahm die Gegenstände unter den Arm und ging damit in die Hausflur.

## Wie der Brand im Volkshause entstand.

Wir berichten nach den Angaben des Personals, dessen Aussagen unter der Versicherung abgegeben wurden, daß sie unter Eid wiederholt werden könnten. Unser Leser können sich dann ihr eigenes Urteil bilden. Ein Kellner des Volkshauses berichtet: „Es wurde unter dem Personal gesagt, es seien noch drei Mädchen in ihren Kammern, die sich nicht heruntergetraut hätten. Ich wollte deshalb die Mädchen holen. Da schlug ein Geschloß in den Turm. Nach diesem Einschlag bin ich mit der Wirtschaftlerin in das linke Stodwerk gegangen. Dort sah ich im letzten Zimmer Koskefeldaten aus den Fenstern auf die Straße schißen. Einer von diesen Reichswehrsoldaten sagte: „Nach daß du raus kommst, sonst schießen wir dich über den Haufen.“ Darauf bin ich wieder nach unten gegangen. Unten merkte ich, daß sich die Truppe sammelte. Da dachte ich, jetzt ist die Zeit rein, da kann man die Mädchen holen. Deshalb bin ich wieder nach dem linken Stodwerk gegangen. Es war inzwischen weiter kein Artilleriegeschloß im Volkshaus eingeschlagen. Trotzdem brannte das Volkshaus im linken Stod. Ich eilte darauf sofort nach unten, da sah ich aber schon, daß es auch im zweiten Stod qualmte. Als ich dann heraustram, sah ich, daß der linke Flügel brannte.“

Ein Koske berichtet: „Als der Ruf „Feuer“ erkante, sind wir nach oben gegangen, um die Sachen der Mädchen zu retten. Als wir wieder herunterkamen, drang uns schon im zweiten Stod Qualm entgegen. Dann kamen einige Koskiden, die sagten: „Nun haben wir euch die Bude angezündet.“ Diese Neuerung hat auch ein anderer Koske gehört. Als ich wieder aus dem Hause kam, brannte es schon im linken Stod.“

Das männliche Personal mußte vor dem Volkshause antreten, von dort wurde es gefangen nach dem Rathhaus gebracht. Als die Leute antraten, sahen sie schon die Flammen aus den Fenstern des Bauarbeiterbureaus im zweiten Stod klanen.

Auch die Räume der Konsumvereinsfiliale wurden von Reichswehrsoldaten durchsucht. Als diese Durchsuchung beendet war, sollte das Konsumpersonal die Geschäftsräume verlassen. Das Personal wollte aber im Geschäft bleiben. Darauf wurde ihnen von Reichswehrleuten gesagt: „Nein, Sie müssen herans, die größere Gefahre kommt erst noch.“ — Die „größere Gefahr“ war der Brand des Volkshauses.

Im Gegenwart einer Frau aus der Nachbarschaft des Volkshauses hat ein Reichswehrsoldat gesagt: „So, nun haben wir dem Pumpengefäß die Bude angebrannt.“

Ein Sergeant der Reichswehrtruppe hat in Gegenwart eines Angehörigen des Volkshauses erklärt: „Wir sind nun das dritte Mal in Leipzig. Wir haben uns geschoren, an Leipzig Made zu nehmen, das ist nun gelungen. Wäre gelunges Zwingsburg ist nicht mehr, aber nun kommt noch eine andre dran.“ (Was damit die Leipziger Volksgemeinde gemeint?)

Von Interesse für die Schuld an dem Brand ist die Aussage eines Reichswehrsoldaten, der da gestand, daß schon vor dem Einrücken in Leipzig der Truppe bekannt gewesen sei, es solle „das Volkshaus angezündet“ werden.

Von weiterem Interesse ist die Tatsache, daß die Feuerwehr, als sie nach dem brennenden Volkshaus rückte, am Königplatz von Reichswehr oder Zeitfreiwilligen beschossen wurde. Ein Feuerwehmann entging dem sicheren Tod nur dadurch, daß er sich gerade bildte, um nach etwas am Gefährt zu sehen. So ging das Geschloß ihm über die Schulter durch die Helmklappe hindurch. Datto er aufrecht geblieben, so hätte ihm die Kugel die Brust durchbohrt.

Noch drastischer und aber die Worte, die der Feuerwehr von Reichswehrsoldaten oder Zeitfreiwilligen zugerufen wurden, als diese auf das Geschloßen anhielt. „Wenn ihr mit Wagnis spielt, Wagt ihr Leben, wenn ihr mit Wasser spielt, dann feuern wir!“

Die Feuerwehr ist außerdem gezwungen gewesen, umzulernen, so daß sie ihre Tätigkeit erst weit später aufnehmen konnte, als wenn sie unbehelligt hätte fahren können. Das Volkshaus hätte bei rechtzeitigem Eingreifen zum guten Teil gerettet werden können. Das bestimmte Wagnis vorliegen, mag auch noch daraus ersehen, daß auf dem Rathhaus Offiziere und Soldaten, als die Mitteilung von dem Brande des Volkshauses kam, Hurra schrien und riefen: „Hoffentlich brennt das ganze Spazierspinnerei zusammen; die Bude darf nicht wieder aufgebaut werden!“ —

## Das Urteil des Leipziger Branddirektors.

Der Leipziger Branddirektor Dr. Meibermann hat in Gegenwart eines unabhängigen Stadtrats erklärt, nach seiner Auffassung liegt Brandstiftung vor.

## Wie Herr Senfft von Pilsach über den Brand denkt.

Herr Senfft von Pilsach hat erklärt, es sei die Absicht des Militärs gewesen, das Volkshaus zu kirmen und als Stützpunkt für die militärische Organisation zu benutzen. Daher habe zur Zerstörung des Volkshauses für das Militär kein Anlaß vorgelegen. Das Volkshaus sei vielmehr vom Mob angezündet worden.

Diese Darstellung ist nicht richtig, denn solange die Reichswehr das Volkshaus besetzt hielt, konnte kein Mob brandstiften.

## Die Gefangenen aus dem Volkshause.

Es handelt sich nicht etwa um die gefangenen Reichswehrsoldaten, die angeblich im Volkshause untergebracht worden waren, die es aber nicht gegeben hat, sondern um das gefangene Personal und um die gefangenen Gäste des Volkshauses. Die Reichswehrsoldaten kommandierten: Die Mädchen hinten hinaus, die Männer vorn hinaus! Das weibliche Personal durfte das Volkshaus durch den Ausgang in der Braustraße verlassen, während die Männer, insgesamt 61, auf der Zeilber Straße antreten mußten. In der Zeilber Straße wurde aber zu dieser Zeit schon geschossen. Die Männer mußten zu vier antreten. Dabei wurde ihnen gesagt: „Wer heraustritt, wird erschossen!“ Rechts und Links des Gefangenentransports gingen Reichswehrsoldaten. Wo sich auf dem Wege nach dem Rathause an den verschlossenen Fenstern der Wohnungen Leute zeigten, wurde ohne weiteres von den Begleitmannschaften nach den Fenstern geschossen.

An den Straßentrennungen der Sidonien- und der Albertstraße war der Liebergang mit Lebensgefahre verbunden, weil dort von der Seite geschossen wurde. Diese Straßentrennungen nutzten von den Gefangenen im Lauffschritt übergangen werden. Am Peterssteinweg standen größere Truppenmengen, die mit allerlei Gebilden auf die Begleitmannschaften der Gefangenen einwirkten. „Laßt denen die Hände hoch nehmen, laßt sie im gleichen Schritt marschieren!“ Das hatte die Wirkung, daß die Gefangenen

## vom Peterssteinweg an mit hochgehobenen Händen bis zum Rathause

marschieren mußten. Ein Wehrknecht aus Magdeburg, der gerade als Gast im Volkshausrestaurant gemalt hatte und mit gefangenen genommen worden war, trug eine Westtasche bei sich, so daß er nicht beide Hände frei hatte; trotzdem wurde auch von ihm verlangt, beide Hände hochzuheben. Ein Mann des Personals ist bei dem Transport von einem Reichswehrsoldaten gefangen worden. Erwähnt sei aber auch, daß zwei Soldaten ihre Kameraden darauf aufmerksam machten, daß die Gefangenen nicht geschossen hätten.

## In den Kohlenkeller.

Durch den Eingang in der Burgstraße wurden die Gefangenen über einen Hof nach einem Kohlenkeller geführt. Im Rathause übergab die Begleitmannschaft die Gefangenen den Zeitfreiwilligen. Dabei wurde gerufen: „Daß die Dunde tot! Sparta ist kein Mordverbrechen! Wir werden euch mit eurer Witte



Wagnerwerk... abhassen, das werden wir auch beibringen! Wir unsere Verluste werden wir auch an die Wand stellen! Einer der Wachmannschaften sagte: "Wenn doch die Hunde austreten wollten, aber dazu sind sie zu feige!"

Im Kohlenkeller wurden sich die Gefangenen mit dem Bewußtsein an die Wand stellen. Es wurde ihnen dann gesagt, wenn jemand an die Fenster tritt, wird ohne weiteres geschossen. Dann kam ein Hauptmann, der den Wachmannschaften befahl, das Seitengewehr aufzulassen. "Wer einen Fluchversuch unternimmt, wird erschossen. Wenn jemand an ein Fenster geht, wird mit Handgranaten gemorost!" Die nächste Anweisung lautete: "Nicht sprechen, nicht wegwerfen, jedermann hat darauf zu achten, daß sein Nachbar nichts wegwirft!" Dann mußten die Leute in Gruppen zu Dreien zum Verhör kommen. Ueber die Behandlung beim Verhör wurde nicht geklagt. Verschiedenen Leuten wurden aber Taschenmesser abgenommen, die sie trotz ihrer Entlassung jetzt noch nicht wieder erhalten haben. Es ist aber aufgeschrieben worden, wer ein Messer abgeben mußte. Ein Angehörter kam in den Verdacht, ein Spartaakt zu sein, weil er Quittungsmarken für den Aufbau des Heizsystems bei sich hatte. Ursprünglich sollten die Gefangenen während der Nacht im Rathaus bleiben; ein Offizier bewilligte sich schon um eine Unterkunft. Schließlich wurden aber die Gefangenen noch am gleichen Tage entlassen. Einer der Gefangenen ist gefragt worden, ob er sich über die Behandlung zu beschweren habe, worauf die Antwort erfolgte: "Ich nicht, aber andere sind doch gestochen worden." Hier von den Gefangenen, die sich im Volkshaus um verwundete Reichswehrsoldaten kümmern hatten, indem sie den Verwundeten Essen, Bier und Kaffee besorgten, wurden mit zuerst entlassen. Unter den Gefangenen befand sich auch der mehrheitlichsozialistische Stadtverordnete Staubinger, der zuerst entlassen wurde. Auch der Reichssozialist, Gewerkschaftsangehöriger Siebold ist samt seiner Sohn mitverhaftet worden. Vater und Sohn waren am Sonnabend nachmittags 2 Uhr noch in Haft. Den Bewilligungen eines unabhängigen Stadtrats ist es dann gelungen, durch den Oberbürgermeister die Zulassung für die Haftentlassung der Weibchen zu erlangen.

### Das zerstörte Volkshaus.

Der stolze Bau eine Kutsche! Mit diesem Schmerz wird die Arbeiterklasse diese Kunde vernommen haben. Jenerfüllt sah die Arbeiterklasse ihr Heim in hellberaubten Flammen aufgehen. Unendlich Werte sind vernichtet. In vielen Gewerkschaftsbüros, die dort untergebracht waren, ist die Arbeit vieler Jahre zunichte geworden; sie ist zum guten Teil vernichtet. Man denke an die ungeschriebenen Störungen, die durch die Vernichtung der Kartotheken in den Büros verursacht werden, man denke an den ungeheuren Sachschaden am Gebäude, an Möbeln usw. Die prächtige Fassade des Volkshauses ist jetzt ein rauchgeschwärtztes Gerippe, das jeden Augenblick zusammenbrechen kann. Während und ungeliebtermaßen tagen die Arbeiter der oberen Stockwerke in die Luft. Das Portiere und das erste Stockwerk sind vom Feuer gänzlich zerstört geblieben; bis zum zweiten Stockwerk ist die Luft Treppen erhalten. Im zweiten Stockwerk ist das noch hinten gelegene Bureau der Maschinen und Seiger fast unverletzt geblieben, wie denn überhaupt der Brand mehr in den vorderen Räumen des Volkshauses gewirkt hat. Die oberen Teile des Volkshauses sind bis auf die Grundmauern völlig zu Asche verwandelt. Wie und Schutt bröckeln nun auf die noch erhalten gebliebenen unteren Teile, für die sie eine nicht geringe Gefahr bilden. Vereinstzeit sieht man in den Trümmern die verrosteten Überreste einer Kartothek oder einer Bücherei. Auf einem Querbalken liegt — zunächst in unerreichbarer Höhe — ein Rastenschemel, unter Schutt und Trümmern ragt ein halbverbranntes Bettelbühnenstück hervor. Trübsinn ist der Eindruck des Ganzen.

Während das Feuer das Vordergebäude so gründlich zerstörte, fand die hinteren Gebäude samt den Wänden völlig verschont geblieben; das ist immerhin noch ein Glück. Es wird aber längere Zeit dauern, bis in den erhalten gebliebenen Räumen des Vorderhauses der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Ausgenommen davon ist das Metallarbeiterbureau, das fast unbeschädigt geblieben ist. So groß aber auch der Verlust ist, der der organisierten Arbeiterklasse zugefügt worden ist, vernichtet ist der Schlag nicht, das werden die ruckelnden Brandstücker noch merken. Mit der Zerstörung des Volkshauses ist ein Plan zur Ausführung gekommen, der schon seit langer Zeit von reaktionären Militärs, und zwar von einem Hauptmann und von einem Kapitän verfolgt wurde. Wir werden darüber noch näher berichten.

### Der Laden des Konsumvereins.

Im Volkshaus hat ebenfalls den Eindruck der Reichswehr ins Volkshaus stark zu spüren bekommen. Das Personal wurde als verdächtig behandelt und nach dem Rathaus abgeführt — trotz der Versicherung des Genossen Peter, der sich als Stadtrat legitimiert, daß in Geschäft keine Waffen seien, und trotzdem nichts gefunden wurde. Die Behandlung der gefangenen Verkäuferinnen war auf dem Rathaus durchaus entsprechend dem Rufe, der der Reichswehr und den Zeitfreiwilligen vorangeht. Sie wurden gehöhnt, wurden gefragt, ob sie Studienmäßigen machen wollten, das Wortspiel von den langen Haaren nicht zu vergessen. Als die rote Fahne des Volkshauses eingehängt wurde, ging das Höhnen verflucht los. Die Knechtform war Du, ihr, Euch. Die Sitten des Dreißigjährigen Krieges waren wieder lebendig. Als wir gestern morgen den Laden besichtigten, sah es geradezu trübsinnig aus. Die Tür war gewaltsam aufgedrungen; schwere Kräfte hatten sie aufgeschlossen. In Feindesland gesammelte Gefahrung machte dabei gefahren haben. Es fehlten Spirituosen, Zigarren, Zigaretten, Schokolade und Konferven. Ueber die Konferven waren anscheinend Feindschmeyer geraten, denn einige Dosen waren aufgebrochen und dann wachstümlich als nicht zulassend stehen gelassen. Im übrigen waren alle Regale durchwühlt, so daß den Mitglieðern des Konsumvereins Gelegenheiten gegeben ist, sich einmal ein Bild zu machen, wie es in belgischen und französischen Stätten ausgesehen haben mag.

Bei dem Brande des Volkshauses sind viele Lebensmittel mitverbrannt. — Für das Personal des Hauses bringt der Brand schädliche Arbeitslosigkeit, weil es nun im Volkshaus sowohl an Beschäftigung als auch an Unterkunft und Kost für das Personal fehlt.

### Die Straßenkämpfe in Leipzig.

Am 17. März, abends 10 Uhr, trat der vereinbarte Waffenstillstand in Kraft. Er ließ die Hoffnung zu, daß es ohne weiteres Wutvergehen möglich sein werde, die Kämpfe zum Abschluß zu bringen. Diese Hoffnungen haben sich aber nicht erfüllt, der Waffenstillstand ist von beiden Parteien nicht gehalten worden, wobei von beiden Parteien behauptet wird, der Gegner habe ihn zuerst gebrochen. Noch am 19. März, vormittags, hofften die Vertreter der organisierten Arbeiter, es werde gelingen, das Schlimmste zu verhindern; auch darin wurden sie getäuscht. Die Militärs erklärten den Friedensvertrag wegen des gebrochenen Waffenstillstandes für nichtig, die militärischen Aktionen nahmen ihren Fortgang, der Bürgerkrieg wurde durch Leipzigs Straßen. Während draußen auf dem Südfriedhofe sechs Opfer von den Kämpfen des Sonntags unter außerordentlich harter Beteiligung beerdigt wurden, ging über die innere Stadt ein schweres Kriegsgewitter hernieder, das sich auf Artillerie-, Gewehr- und Maschinengewehrfire, vermischt mit explodierenden Handgranaten und mit einschlagenden Mienen, zusammensetzte. Schwer war der Kampf und zahlreich seine Opfer. Etwas den Kämpfern, die für die Freiheit bluteten und starben.

Die Spuren dieser Kämpfe sind in den Straßen und in den Gassen sehr deutlich zu sehen. An der Schule in der Scharnhorststraße hat ein Artilleriegeschütz einen Teil des Dachstuhls zerstört. An der Ecke der Süd- und Molkestraße ist ein Artilleriegeschütz in

den Gassen einer Schwamm eingeschlagen und hat diesen den zerstört. Am Südpfad Nr. 11 hat ein Artilleriegeschütz in das Mauerwerk neben einem Laden ein geräumiges Loch gerissen, in unmittelbarer Nähe davon, Schenkenborstraße, Ecke Südpfad, hat ein Artillerietreffer im 1. Stock und an den Schießen und Schießern schweren Schaden angerichtet. Ecke Elbtonienstraße und Zeiber Straße ist ein Artilleriegeschütz in eine Restauration eingeschlagen; es hat damit die Mauer durchbrochen und noch im benachbarten Laden viel Schaden verursacht. Neben diesen großen Spuren kann man überall kleinere beobachten. Unendlich viele Fensterhebeln, Schieber usw. sind zerstört. Zerstörung wohin man blickt.

Es ist auf beiden Seiten mit starker Erdrüttung gekämpft worden, wobei die revolutionären Arbeiter von vornherein deshalb im Nachteil waren, weil sie nicht, wie die Reichswehr, über die modernen Großkampfmittel, Kanonen und Minenwerfer, verfügten. Der Kampf hat auch nicht nur das Volkshaus, sondern auch andre Gebäude einen Haub der Flammen werden lassen. Nach dem Bericht der V. M. N. sind am Donnerstag, in den Abendstunden, die Willen des Verlagsbuchhändlers Böttcher in der Sebastian-Bach-Straße 44 und die Villa Frege in der gleichen Straße sowie das Vereinshaus Sturmvogel „von Aufrührern angezündet“ worden. Dem Brand des Volkshauses folgt das edle Blatt der Revolutionäre daraus zurück, daß ein größerer Posten Bergin im Volkshaus untergebracht gewesen und daß die Gasleitung zerstört worden sei, was glatter Schwindel ist.

In diesem Zusammenhange sei gleich ein anderer, ebenso dreister Schwindel der V. M. N. festgenommen. Die V. M. N. tun so, als ob das Personal freiwillig durch die stark geschädigte Zeiber Straße nach dem Rathaus abmarschiert sei, während sie als Gefangene abtransportiert wurden. Die V. M. N. wollen eben unter allen Umständen die Taten der Reichswehr vertuschen.

Die große Zahl der Opfer ist, die der 19. März gefordert hat, steht noch nicht fest. Klein bei dem Sturm auf das Volkshaus soll die Reichswehr 7 Tote und 20 Verwundete, darunter einen schwerverwundeten Oberleutnant, gehabt haben. Im Volkshause lagen noch am Sonnabendvormittag zwei tote Reichswehrsoldaten. Dabei ist nicht aus dem Volkshause geschossen worden. Die Revolutionäre sollen bei diesem Zusammenstoß 11 Verwundete gehabt haben. Die Ärzte Dr. Popitz und Dr. Schauer haben den Verwundeten die erste Hilfe geleistet.

Bei den Kämpfen am Donnerstag haben sich Zeitfreiwillige und Reichswehr vor dem Rathaus einander mit dem Erfolg bekämpft, daß sie sich gegenseitig schwere Verluste zufügten. Die Reichswehr hat dabei besonders gelitten, weil die Zeitfreiwilligen annahmen, die Reichswehr seien Revolutionäre, die das Rathaus stürzen wollten.

Die Kämpfe am 19. März dauerten in den verschiedensten Stadtteilen fast die ganze Nacht. Am Morgen des 20. März trat eine gewisse Entspannung ein. Wohl lebten in den Vormittagsstunden die Kämpfe an einigen Stellen wieder auf, aber sie wuchsen doch nicht mehr zu der Heftigkeit des vorhergehenden Tages. Mittags gegen 12 Uhr waren die Kämpfe fast ganz beendet, die Barrikaden waren nicht mehr besetzt und nachmittags bewegte sich ein großer Menschenstrom durch die Straßen; Männer und Frauen beschäftigten den Schauspiel der letzten Kämpfe, wobei sie beobachteten konnten, daß die Zeitfreiwilligen wieder fleißig absperrten und Stadelbrock jagen.

Die Vormittagskämpfe des 20. März verhinderten das Er-scheinen der Leipziger Volkszeitung. Die Tauscher Straße lag am 20. März vormittags so stark unter Feuer, daß es dem Personal nicht möglich war, in die Zeitung zu gelangen. Da zu befrachten stand, daß der Leipziger Volkszeitung das gleiche Schicksal wie dem Volkshause bereitet werde, wurde der Militärbesitzhaber auf die Vorgänge vom Volkshause hingewiesen, mit dem Hinweis, daß die Volkszeitung unbedingt vor Zerstörung geschützt werden müsse. Herr Senft von Pilsach hat darauf erklärt, es sei keineswegs die Absicht des Militärs, die Leipziger Volkszeitung zu zerstören; wenn aber ein Kampf in der Tauscher Straße geführt werden müsse, könne die Unversehrtheit der Zeitung nicht garantiert werden. Die Gefahr ist nicht akut geworden, weil auch in der Tauscher Straße der Kampf mittags eingestellt wurde. Vormittags aber bekam die Zeitung schon einen kurzen Besuch von Reichswehrsoldaten, die sich durch Überzeugen wollten, ob jemand in den Räumen des ersten Stockwerks sei, weil angeblich von dort auf die Reichswehrposten geschossen worden wäre. Die Reichswehrsoldaten sprengten, wie üblich, sofort die Tür zu den Kontorkämen auf. Einen Schützen fanden die Kosaken dabei nicht, aber im Schreibtischfach circa 50 Stück nicht ganz kalte Zigaretten, die seitler verschwand sind. Viele Zigarettenstübe, die im Regal standen, sind offenbar durchsucht und dann verknüppelt durch-einandergeworfen worden. Zigaretten scheinen also bei manchen Reichswehrsoldaten ein recht beliebter Artikel zu sein.

### Die Bedrohung des Gen. Lipinski.

Nach Verhängung des Belagerungszustandes für die Kreis-hauptmannschaft durch den Ministerpräsidenten Dr. Bradnauer ging die öffentliche Gewalt auf den Generalmajor Senft von Pilsach über. Genosse Lipinski verfuhr den unklaren Zustand, der durch Wiederaufnahme des Kampfes entstanden war, zu entwirren. Er wählte sich deshalb Freitagvormittag zunächst an den Oberbürgermeister Dr. Nothke, der ihn an den Generalmajor Senft von Pilsach verwies. Er stellte zu diesem Zweck dem Genossen Lipinski das Offiziersbureau der Feuerwehr zur Verfügung, das mit Kater-Kreuz-Flagge versehen war. Damit sah Genosse Lipinski nach der Klauenkategorie zum Generalstab.

Sobald das Auto dort mit der Zivilperson eintraf, sammelten sich sofort um dasselbe größere Gruppen waffenloser Soldaten, die sich so stark erregt zeigten, daß Genosse Lipinski von den Offizieren in einen abgeschlossenen Korridor gewiesen wurde, bis der Generalmajor herbeigerufen war. Die Ansammlung nahm zu und die Erregung steigerte sich so stark, daß man sich des Genossen Lipinski bemächtigen wollte. Der Vertrauensmann des Batalions wurde beauftragt, der Unterredung mit dem Generalmajor beizuwohnen. Generalmajor Senft von Pilsach mußte zweimal Ansprachen an die Mannschaften halten, um sie zu beruhigen. Als die Unterredung beendet war, war das Auto mit den Soldaten umstellt. Offiziere hielten die Mannschaften zurück. Generalmajor Senft von Pilsach brachte den Genossen Lipinski an den Wagen, ließ einen Offizier mit in das Auto steigen, der den Genossen Lipinski deckte, bis das Auto das Kasernengebiet verlassen hatte. Es stellte sich dann heraus, daß die Soldaten auf der Rückseite des Autos groß mit Kreide den Namen „Lipinski“ geschrieben hatten.

### Uchting!

#### Paß Euch nicht provozieren!

Nationalistische Elemente machen sich jetzt überall breit und hegen gegen die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Im Laufe des Sonnabend haben sie überall in der Stadt die Arbeiterkraft aufzurütteln versucht, den Kampf erneut wieder aufzunehmen. Sie klüffern den organisierten Arbeitern zu, die Partei- und Gewerkschaftsführer hätten die Arbeiterkraft verraten.

Arbeiter, Genossen, glaubt ihnen nicht. Es sind eure Feinde. Sie wollen nur Unruhe in eure Reihen bringen und die Einheitsfront sprengen. Die Geschlossenheit des Proletariats ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie wissen, daß an der einzigen Arbeiterkraft ihre nationalstischen und reaktionären Absichten gescheitern. Sie handeln nach dem Grundsatz: Teile und herrsche!

Genossen, stellt die Namen dieser Quertreiber fest. Prüft, ob sie auch schon Opfer für die Sache des Proletariats gebracht haben. Treibt ihnen überall entgegen. Sorgt sehr mehr denn je dafür, daß die Einigkeit des Proletariats gewahrt bleibt.

#### Reinzeil sind wir nichts, vereinigt alles!

### Ein frecher Schwindel!

Nachdem dem Genossen Lipinski am Freitag mittag vom General Senft von Pilsach erklärt worden war, daß sich das Militär nicht mehr an den Friedensvertrag gebunden fühle, weil die Arbeiterkraft den Waffenstillstand gebrochen habe, beschloß der Aktions-ausschuß am Nachmittag deselben Tages einstimmig, der Bevölkerung von der veränderten Lage Kenntnis zu geben und sie zur Einstellung des Kampfes aufzufordern. Dies sollte in einem Flugblatt geschehen.

Die Absicht, das Flugblatt zu drucken, wurde naturgemäß überall bekannt. Abends in der sechsten Stunde erschien in der Redaktion der Volkszeitung ein Bewaffneter, der sich als Kommunist bezeichnete und erklärte, den Auftrag zu haben, den Druck des Flugblattes zu verhindern. Es habe sich eine neue Zeitung gebildet, die beschloßen habe, den Kampf weiterzuführen. Dem Ausschuss gehörten 10 Mann an, davon 4 R. V. D. und 2 U. S. V. -Genossen. Die alte Letztum sei abgelegt, der Genosse Lipinski füllte worden.

Diese Meldung wurde sofort als frecher Schwindel entlarvt. Der betreffende Ausschuß ist in der Volkshausverammlung lediglich zu dem Zweck gewählt worden, mit dem Aktionsausschuß wegen der Verhängung des Belagerungszustandes durch die sächsische Regierung zu verhandeln. Die Verammlung glaubte, es sei mit Absicht diese Lüge erst nach Abkündigung über den Friedensvertrag bekanntgegeben worden. Dem Ausschuss wurde Aufklärung gegeben, damit war dessen Mission erledigt.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß gemüßlos Menschen hier ein freches Spiel trieben. Deshalb ist auch sofort alles gesehen, was möglich war, die organisierte Arbeiterkraft vor dem Schwindel zu warnen. Es sollte und mußte große Verwirrung entstehen, wenn der Schwindel weiter verbreitet worden wäre.

Volter ließ sich über die Person des Bewaffneten nichts feststellen. Er sagte vielmehr, daß seine Waffen Legitimation genug seien. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier nationalstische Verbrecher ihre Hand im Spiele hatten, denen daran gelegen war, ein großes Blutbad unter der organisierten Arbeiterkraft anzuküßeln. Dazu paßt der Auspruch eines anderen derartigen Lumpen am Sonnabend, daß er bebaure, die Gebäude der Leipziger Volkszeitung in der Freitagnacht nicht in Brand gesteckt zu haben. Ob hier Parallelen mit der Brandlegung des Volkshauses bestehen, läßt sich hoffentlich noch feststellen.

Die organisierte Arbeiterkraft hat sich in altdewährter Disziplin nicht irreführen lassen. Der schandbare Plan ist an ihrer Einsicht gescheitert.

### Eine Unrichtigkeit.

In den Morgenstunden des 19. März wurde folgendes weitere amtliche Bericht der Brigade 19 verbreitet:

Leipzig, 19. März. Wiederum fanden im Laufe des Donnerstags vormittags zahlreiche Waffenvorträge, Handsuchungen, Wünderungen und Barrikadenbau, z. B. am Ausgang des Johannaparkes, statt. Nachdem durch diese planmäßige Fortsetzung der Vorbereitungen des Angriffs die am Abend vorher getroffenen Abmachungen der Waffensruhe durchbrochen worden waren, erfolgte durch lebhaften Feuereröffnung um 12 Uhr mittags in der Gegend des Hauptbahnhofes und Augustusplatzes der offene Bruch der Waffenruhe. Hierdurch und durch etwa um gleicher Zeit erfolgte Erklärungen des Minister Schwarz und Lipinski, ein Einfluß auf den Gang der Geschehnisse sei ihnen entglitten, wurde der militärischen Seite die volle Aktionsfreiheit vortretend gegeben. Im Laufe des Nachmittags vortretende Schießereien blieben sich im allgemeinen in dem bisherigen Umfang. Während der Nacht sind keine besonderen Ereignisse eingetreten.

Sowelt Äußerungen des Genossen Lipinski wieder gegeben sind, sind sie unrichtig.

Die Verhandlungen im Rathaus waren gegen 5 Uhr früh mit Abschluß des Friedensantrages zu Ende geführt worden. Genosse Lipinski begab sich nach dem Volkshaus in der Erwartung, daß die Personen der leitenden Körperschaften noch anwesend waren. Das traf nicht zu, sie mußten erst berufen werden und so konnte wegen der angefertigten 21 Verhandlungen die Sitzung der Körperschaften erst um 2 Uhr stattfinden. Inzwischen waren aber die Redner zur Instruktion zusammengetreten, die kein Beschlußrecht haben, aber an dem Wortlaut des Friedensvertrages Ausstellungen machten. Nach 1 Uhr rief General von Pilsach das Volkshaus an und teilte dem Genossen Lipinski mit, daß nach ihm gewordenen Meldungen die Reichswehrtruppen angegriffen werden sollten; er erklärte, daß er die Brigade zum Schutz der Zeitfreiwilligen alarmieren müsse und fragte zugleich, wie sich die Organisationen zum Abbruch des Kampfes und des Friedensvertrages gestellt hätten. Darauf teilte ihm Lipinski mit, daß die Ausstellungen gemacht worden seien, daß aber die leitenden Körperschaften um 2 Uhr zur Beschlußfassung zusammengetreten würden; er sei zwar zu den Verhandlungen von ihnen entsandt worden, aber sie hätten doch nicht wissen können, zu welchem Ergebnis die Verhandlungen führen werden. Deshalb mußte auch ihre Zustimmung eingeholt werden. Die Zustimmung ist dann einstimmig erteilt worden und durch Minister Schwarz dem Generalmajor von Pilsach telephonisch übermittelt worden. Es entspricht also nicht den Tatsachen, wenn in dem Bericht behauptet wird, Lipinski habe erklärt, ein Einfluß auf den Gang der Geschehnisse sei ihm entglitten.

### Das Liebeswerben um die Zeitfreiwilligen.

Der Leipziger Aktionsausschuß wendet sich in einem Aufruf an die Zeitfreiwilligen, die sich durch den einstimmigen Stadtverordnetenbeschuß über die Auflösung der Zeitfreiwilligen tief gekränkt fühlen. Die haneuten Geldblattvertreter des Aktionsausschusses wissen, was sie an den Zeitfreiwilligen haben, daher die Verhängungspille; aber der Versuch der Stadtverordneten wird damit nicht aufgehoben. Es bleibt bei der beschlossenen Auflösung der Zeitfreiwilligen. Wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten die Zeitfreiwilligen durch Aufrufe zur Sammlung von Liebesgaben bei guter Stimmung erhalten wollen, so ist das ihre Sache; aufgelöst wird doch.



## Wahlung, Funktionäre!

Die Sitzung der leitenden Körperschaften findet heute Sonntag, nicht um 12 Uhr, sondern erst um 3 Uhr, die Zusammenkunft der Funktionäre nicht um 3 Uhr, sondern erst um 6 Uhr, statt.

### Wiederaufnahme der Arbeit bei den Leipziger Banken.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, Ortsgruppe Leipzig, und die Centrale der Ausschüsse Leipziger Bankfirmen beschloffen Sonnabend nachmittags in einer Sitzung die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Leipziger Bankangestellten, nachdem die am Dienstag, dem 16. März dieses Jahres hierüber aufgestellten Vorausschreibungen, Rücktritt der Rapp-Regierung und Wiederherstellung geordneter Verhältnisse aller Voraussicht nach am Montag, dem 22. März, erfüllt sein werden.

## Der Generallstreik in Berlin.

### Die Forderungen der Gewerkschaften.

Im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Angestelltenvereinigungen und des Freien Beamtenbundes sind der Regierung die folgenden Forderungen vorgelegt worden:

1. Entschärfender Einfluß der gesamten Arbeitnehmerverbände auf die Umgestaltung der Regierung im Reich sowie auf die neue Regelung der sozialpolitischen Gesetzgebung.
2. Sofortige Entlassung und Verhaftung aller am Putz beteiligten Truppen und Verhaftung aller Personen, die am Sturz der legitimen Regierung beteiligt waren oder sich als Beamte des Reichs und der Länder oder Gemeinden der Rapp-Regierung ungeschlechtlich zur Verfügung gestellt haben.
3. Sofortiger Rücktritt Noskes sowie der Minister Cser und Helne; gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung von allen reaktionären Personen, besonders solcher an leitenden Stellen, und deren Ersatz durch zuverlässige Kräfte.
4. Schnellste Durchführung der Demokratisierung der Verwaltungen unter Zuziehung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, der Angestellten und Beamten.
5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und die Schaffung neuer sozialer Gesetze.
6. Sofortige Sozialisierung des Bergbaus. Übernahme des Kohlen- und Kalihandels auf das Reich.
7. Auflösung aller gegenrevolutionären Formationen.

Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus haben die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Vertretern der Gewerkschaften über diese Forderungen geführt worden sind, zu einer Einigung geführt. Nach Berichten des Leipziger Tageblatts ist die

### Beilegung des Generallstreiks beschlossen.

Das genannte Blatt meldet:

Berlin, 20. März. Die Verhandlungen zwischen den Führern der Reichsparteien und der Regierung einer- und den Vertretern der Gewerkschaften, andererseits über die Aufhebung des Generallstreiks sind heute früh 5 Uhr zu Ende geführt worden. Es wurde, wie wir erfahren, eine völlige Einigung erzielt, und es steht zu erwarten, daß der Generallstreik noch heute aufgehoben wird. Es ist anzunehmen, daß die Bedingungen, unter denen diese Einigung zustande gekommen ist, der Bevölkerung und namentlich der Arbeiterschaft schmerzhaft bekanntgegeben werden, damit die Grundlage des Vertrauens geschaffen wird, auf der nach Tagen schwerster Sorge und Gefahr ein Wiederaufbau beginnen kann.

Berlin, 20. März. Seit heute Mittag ist der Generallstreik beendet. Die Verhandlungen waren sehr schwierig und dauerten etwa 10 Stunden.

### Kritische Situation in Berlin.

Die Lage in Berlin ist nach den vorliegenden Nachrichten noch gänzlich ungeklärt. Sie erscheint nach wie vor kritisch. Der Generallstreik wird fortgesetzt. Nach den neuesten Nachrichten soll eine Einigung über den Abbruch erzielt worden sein. Wiederholt ist es zu neuen Zusammenstößen mit den Reichswehrtruppen gekommen. Die Klammung der Stadt durch die Truppen ist unterbrochen worden. Die neuesten Meldungen lauten:

Berlin, 19. März. Von den zuständigen Stellen wird mitgeteilt, daß die zweite Marinebrigade wie die anderen Reichswehrtruppen dem General v. Seckert unterstellt wurde. In dieser Brigade sind, wie bei den meisten Reichswehrverbänden, nur vereinzelt Baltikumtruppen (?). Die Brigade ist niemals im Baltikum gewesen.

Berlin, 19. März. (B. L. B.) Heute am Spätnachmittag wurden zwölf Angehörige der Tiergartenkompanie des Schutzregiments Groß-Berlin, Offiziere und Mannschaften, auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg von der Volksmenge mit Messern, Dolchen und Gummiknüppeln niedergeworfen. Sie sollten nach Abgabe ihrer Waffen von der Sicherheitspolizei im Lastauto abtransportiert werden, nachdem ihnen freies Geleit zugesichert war. Auf dem Auto wurden sie jedoch von der Menge umgebracht. Der sich daran anschließende Kampf endete zugunsten der Sicherheitspolizei.

Diese Meldung erscheint stark gefährdet. Anscheinend soll damit die Notwendigkeit der Zurückhaltung der Truppen in der Stadt bewiesen werden. Dem gleichen Zwecke scheinen die nachfolgenden Meldungen zu dienen:

Berlin, 20. März. (L.-U.) Der telegraphische Verkehr nach auswärts muß stark eingeschränkt werden, da die Zeitungen in der Provinz geschnitten wurden. Nachdem bereits ein Ausruhen erlassen worden war, den Generallstreik abzubrechen, hat sich die Arbeiterschaft, durch Missinformationen veranlaßt (?), doch auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Post- und Bahnverkehr, die einige Stunden lang in Betrieb waren, wurden wieder eingestellt. Seit gestern Schweden zwischen der Regierung und dem Gewerkschaftsbund Verhandlungen. Das Kabinett Ober-Bauer steht auf dem Standpunkt, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Differenzen mit der Arbeiterschaft auf gutlichem Wege beizulegen. Alle militärischen Maßnahmen sollen sich zunächst auf die Sicherung wichtiger Industriebetriebe und auf die Abwehr von Sabotage beschränken. Die Reichswehrtruppen in Berlin sind fest in der Hand ihrer Führer.

Berlin, 19. März. Heute mittags wurde in Berlin von Leuten in Stahlhelmen auf zwei Lastautos nach kurzem Auf: Straße frei unter die Bevölkerung geschossen. Von zufälliger Seite wird mitgeteilt, daß es sich hierbei um von Spartakisten geleitete Autos (?) und nicht um Truppen der Regierung handelte. Die Verfolgung ist ausgenommen worden. Auch die von Kommunisten verübte Raub- rüst, es handelte sich um Baltikumtruppen, nimmt nicht. Solche Truppen gibt es in Berlin nicht mehr.

Berlin, 18. März. Anfolge des Generallstreiks ist es auf verschiedenen Bahnhöfen, so in Niederschöneweide, Strausberg, Kredersdorf und Hagen, zu schweren Ausschreitungen gekommen. Von Berlin wurde ein Panzerzug entsandt. Als heute mittags zwei Panzerautomobile mit Reichswehrsoldaten, aus der Landwehr Straße kommend, den Alexanderplatz passieren wollten, wurden sie von einer taubenstümmigen Menge angehalten. Die Soldaten eröffneten sofort Maschinengewehrfire, wodurch eine größere Anzahl von Personen getötet oder verwundet wurden. Am Volksparkplatz sind zwei Tote und vier Schwerverletzte zunächst untergebracht. Bei den getöteten Erzeugen beim alten Schöneberger Rathaus sind neun Offiziere getötet worden.

# An die Bevölkerung Leipzigs!

Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß in verschiedenen Stadtteilen Leipzigs die organisierte Arbeiterschaft dem Aufruf ihrer offiziellen Führer folgt, die Waffen niederlegt und sich von den Straßenkämpfen zurückzieht. Ich nehme daher an, daß die organisierte Arbeiterschaft zu dem Entschluß gekommen ist, daß weiterer Widerstand gegen die geschulten Truppen von den unheilvollen Folgen sein muß, daß sie die Kampfmethoden des Sengens, Plünderens und Mordens, zu denen der Janhagel überzugehen begonnen hat, weit von sich weist, und daß sie bereit ist, mich in meiner schweren Aufgabe, Ruhe und Ordnung in Leipzig wieder herzustellen, zu unterstützen. Ich bin gerne bereit, jede Tätigkeit, die hierauf hinzielt, mag sie kommen, von welcher Seite sie will, zu fördern, sofern sie mit den militärischen Operationen, die rücksichtslos ihren Fortgang nehmen, in Einklang zu bringen ist.

Um die erkennbaren Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft zu unterstützen, gebe ich daher in folgendem die

### Richtlinien

bekannt, nach denen ich in Leipzig weiterhin vorgehen werde.

1. Die militärischen Operationen nehmen ihren Fortgang; wo die Truppe Widerstand des Janhagels findet, wird er mit rücksichtsloser Energie und unter Anwendung der schärfsten Kampfmittel gebrochen werden. Ich behalte mir außerdem vor, Brandstifter, Plünderer und den kämpfenden Janhagel als außerhalb jeden Gesetzes stehend zu erklären. Ich werde im übrigen der organisierten Arbeiterschaft der in Punkt 2 näher bezeichneten Vororte Gelegenheit geben, ihre gute Absicht in die Tat umzusetzen.

2. Ich beabsichtige, in die weiltliche der Nacht, Allen Eifer, sowie des Fleißes bedürftigen Vorort Reuth, Lindenberg, Plagwitz, Schleißhain, Klein- und Großschlocher, sowie die Straße der Linde, Walthe, Kirchstraße, Lindenallee, Kirchstraße, Burgener Straße, Breite Straße, Niederstraße, Melchendorfer Straße, Preussische Straße, Vorort Kleinandorf, Schönefeld, Volkmarndorf, Seltzerhausen, Paunsdorf, Elina, Anger-Crotenberg, Thonberg, Stüterich und Probstheida nicht vor dem 24. März einzurücken. Ich setze hierbei voraus, daß die organisierte Arbeiterschaft den christlichen Willen hat, mich in meiner Aufgabe zu unterstützen, und erwarde, daß sie selbst bis dahin in den vorgenannten Orten die Ruhe und Ordnung wieder herstellt hat, so daß meine Truppe lediglich im Namen der verfassungsmäßigen Regierung lampflos von diesen Orten Besitz zu ergreifen braucht.

3. Die Maßnahmen, die seitens der organisierten Arbeiterschaft in den genannten Orten spätestens bis zum angegebenen Zeitpunkt durchzuführen wären, würden in der Hauptsache in folgendem zu bestehen haben:

### Ausdehnung der Streikbewegung.

Berlin, 20. März. (L.-U.) Die Ausdehnungsbewegung hat sich nunmehr auch auf die Provinz Brandenburg ausgedehnt, namentlich im Senftenberger Kohlenbezirk, wo zwischen bewaffneten Arbeitern und Reichswehrtruppen heftige Zusammenstöße erfolgten.

### Die Eisenbahnerorganisationen für Wiederaufnahme des Betriebs.

Die vier großen Eisenbahnerorganisationen haben folgenden Aufruf an die Eisenbahner erlassen:

An alle Eisenbahner! Die unterzeichneten großen Organisationen des Eisenbahnerpersonals haben den Generallstreik ausschließlich zu dem Zwecke proklamiert, um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände zu erzwingen. Nachdem der Zweck des Generallstreiks erreicht ist, halten die genannten Organisationen in treuer Entschlossenheit an der ausgesprochenen Parole fest, daß der Betrieb sofort wieder aufzunehmen ist. Für den erforderlichen Schutz der Arbeitswilligen soll gesorgt werden. Die Parole der Generallstreik-Teilung die Arbeit wieder aufzunehmen, ist keine Fälschung.

Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahner (Kartell der Eisenbahnergewerkschaften Deutschlands), Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Allgemeiner Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer,

## Aufgedeckter Schwindel.

Ueber die Verhandlungen, die dem Rücktritt der Rapp-Mittwischen „Regierung“ vorausgingen, wird dem Leipziger Tageblatt folgendes aus Berlin berichtet:

Die Verhandlungen in Berlin zwischen der Militärpartei und dem Bizeleanger Schiffer sind auf Wunsch der ersteren erfolgt und nur in dem Sinne, die Forderung der bedingungslosen Klammung Berlins festzulegen. Im übrigen gab es nur Verhandlungen zwischen den Parteien der National- und der preussischen Landesversammlung, um die Krise rasch zu beenden. Im Auftrage des Generals v. Wittwisch wurde die Nachricht in die Welt gesetzt, die Unabhängigen hätten an die Reichskanzlei ein Ultimatum geschickt, in dem sie den Kampf und die Einsetzung einer Militärregierung anfügten. Dabei sind Pahl und Wittwisch heute gekündigt, daß sie unter der Hand mit den Kommunisten anzuhandeln versuchten, so daß die Gefahr eines ungeheuren Blutbades bestanden habe. In dieser Situation traten die Vertreter aller Parteien Mittwoch nachmittags im Reichsjustizministerium zusammen und beschloffen die gemeinliche Ausgleichsformel. Ein Verlangen des Generals v. Wittwisch wurde von den Sozialdemokraten mit der Bemerkung abgelehnt, mit einem Meuterer setzen sie sich nicht an einen Tisch. Die Parteien verhandelten allein und unter sich. Die Wittwischer zogen schließlich ab, selbst ohne Amnestie.

Diese Meldung bestätigt unsre von Anfang an vertretene Auffassung, daß die Nachricht über die Errichtung der Räuberrückkehr in Berlin von den Rapp-Leuten nur in die Welt gesetzt worden ist, um das gesamte Würgerium zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft zusammenzuführen und die Aufmerksamkeit des empörten Volkes von ihrem eigenen Verbrechen abzulenken. Der Vorgang zeigt, mit welcher Trübseligkeit diese gewissenslose Abenteuerbande gearbeitet hat. Er bestätigt die um Kräfte so oft gemachte Erfahrung, daß die Schwindelgeschichten zum unentbehrlichen Werkzeug jener militärischen Politiker gehören.

## Noske bleibt.

In der Presse war gemeldet worden, daß der Reichswehrminister Noske zurückgetreten sei. Aus Stuttgart wird demgegenüber berichtet, daß die rechtssozialistische Fraktion der Nationalversammlung gegen 5 Stimmen beschloffen habe, Noske zu ersuchen, sein Amt weiterzuführen. Daraus hat Noske sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

## Tapjere Felder.

Wie aus Berlin gemeldet wird, haben die tapferen Felder, die in Berlin die neue Regierung der Rapp und Wittwisch etabliert hatten, den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und sind aus Berlin geflüchtet. Auch der General v. Ludendorff hat es für ratsam gehalten, in der jetzigen kritischen Situation den Berliner Staus von seinen Stiefeln zu schütteln.

Sie bleiben immer dieselben, diese tapferen Kämpfer für Monarchie und Vaterland. Immer dann, wenn sie das geliebte deutsche Vaterland ins Unglück gestürzt haben, verschwinden sie eiligst vom Schauplatz ihrer Verbrechen.

a) Aufsichtung allen Einflusses, alle noch einigermaßen besonnenen Elemente von der Straße hinwegzuziehen,

b) Wiederaufnahme der Arbeit,

c) Organisierung der Waffenabgabe an bestimmte zu schießende Depots, die dann nach näherer Vereinbarung der Reichswehr zu übergeben wären. Die Abgabe hätte sich auf Schusswaffen, Brustwaffen und blankte Waffen aller Art, sowie Munition zu erstrecken,

d) Organisierung der Abgabe von unerschmählich angelegtem oder im Kampfe erbeutetem Heeresgerät aller Art nach den unter 3c angegebenen Richtlinien,

e) Einbehalten aller Kampfanlagen, in erster Linie Werkstätten der Baracken in den Straßen und Wiederherstellung (event. beschleunigt) zerstörter oder durch Abnahme des Belags unbenutzbar gemachter Brücken,

f) Schutz aller Gefangenen der Reichswehr, Zeitfreiwilligen und etwaigen Geiseln und Uebergabe derselben an die Reichswehr nach näherer Vereinbarung,

g) Die zur Durchführung dieser Arbeit von der organisierten Arbeiterschaft zunächst noch benötigten Waffen wären nach Erledigung ihrer Aufgabe nach näherer Vereinbarung ebenfalls der Reichswehr zu übergeben.

4. Ich selbst und die mir unterstellten Truppen würden mich freuen, wenn die organisierte Leipziger Arbeiterschaft, indem sie nach vorstehenden Richtlinien verfährt, nach Möglichkeit zur baldigen Rückkehr ordnungsmäßiger Zustände beitragen würde.

Leipzig, 20. März 1920, 6 Uhr nachmittags.  
Der Militärbefehlshaber der Reichshauptmannschaft Leipzig  
(gez. Genst von Pilsach)  
Generalmajor und Kommandeur der Sachsischen Grenzläger  
(Reichswehrbrigade 10).

Es ließe sich vieles, sehr vieles von dieser Kundgebung des Generals bemerken. Wir unterlassen es in dieser Stunde. Jeder Leser wird sich selbst den Kommentar machen können.

Nur zweierlei wollen wir hervorheben. Einmal darf man nicht alle Kämpfer, die am Sonnabend den Kampf noch fortsetzten, einfach als Vögel bezeichnen. Es waren unter ihnen zweifellos nicht wenige ehrliche, wenn auch mißleitete Revolutionäre, die das Gebot der Stunde noch nicht zu erkennen vermochten.

Zweitens ist es schon technisch unmöglich, daß die Arbeiterschaft aus sich sämtliche Verlehrsbedürfnisse beschafft. Es wird nötig sein, daß der Rat der Stadt diese Arbeit organisiert.

## Zwei Erlasse der Reichsregierung. Ein Aufruf an das Volk.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Arbeiter, Bürger! Rapp ist davongelaufen, General Wittwisch entlassen. Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Die verfassungsmäßige, vom Volkswillen getragene Regierung Bauer ist wieder im vollen Besitz der Reichsgewalt. Alle in Berlin befindlichen Truppen der Reichs- und Sicherheitswehr stehen fest hinter der Regierung. Die Verhandlungen über den Abbruch des Generallstreiks sind im Gange. Durch ihren heftigen Kampf für die Demokratie hat sich die Arbeiterschaft einen unübertroffenen Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben. Die Sympathie der ganzen Welt war bei diesem Kampfe gegen die Diktatur des Militärs auf der Seite des deutschen Volkes. Am Donnerstag hatte bereits der französische Geschäftsträger die Reichsregierung zu ihrem Siege über Rapp und Wittwisch beglückwünscht. Am Freitag hat der englische Geschäftsträger erklärt, daß die Gewährung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Krediten nur möglich wäre, wenn im Innern Deutschlands verfassungsmäßige Zustände herrschten und die Ruhe und Ordnung weder von rechts noch von links gefährdet würden. Nieder mit der Diktatur! Hoch die Demokratie!

Der zweite Erlass betrifft die

### Verhängung des verschärften Belagerungszustandes

über Berlin und die Provinz Brandenburg. Er hat folgenden Wortlaut:

Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Verfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bezirk des Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin und der Provinz Brandenburg der verschärfte Belagerungszustand erklärt. Auf Grund dieser Verordnung werden Reichswehr und Sicherheitspolizei, um zu verhindern, daß wie neulich Automobile auf die Bevölkerung schossen, dazu ermächtigt, den gesamten Automobilverkehr anzuhalten und auf Waffen zu untersuchen. Invasen von Kraftwagen, in denen Waffen gefunden werden, ohne im Besitz eines Berechtigungscheins zu sein, werden standrechtlich mit dem Tode bestraft.

Eine zweite Verordnung warnt die Bevölkerung von Groß-Berlin, ohne zwingenden Grund die Straßen nach Eintritt der Dunkelheit zu betreten, da sie sonst Gefahr laufen, von den Geschossen getroffen zu werden. Gleichzeitig ist vom Militäroberbefehlshaber ein außerordentliches Kriegsgesetz eingeleitet, sowie die Erledigung von Strafgerechten angeordnet worden.

In einer weiteren Verordnung werden Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet, während Versammlungen unter freiem Himmel der Genehmigung des Militärbefehlshabers bedürfen.

Die die Regierung Bauer die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes und die Einsetzung von außerordentlichen Kriegs- und Standgerichten mit der von ihr verkörperten Demokratie in Einklang bringen will, ist ihre Sache. Die Arbeiterschaft, die eben ihre ganze Kraft und ihr Blut eingesetzt hat, um die Militärs und Nationalisten niedergurigen, wird ihre Klage gegen die Begriffs- „Demokratie“ nicht verstehen. Wenn die Reichsregierung wirklich Ruhe schaffen will, wird sie zu einer klugen Wiederaufhebung dieser Verordnungen kommen müssen.

### Eine Konferenz sächsischer Arbeiterräte.

Ueber einen in Chemnitz abgehaltenen Kongreß sächsischer Arbeiterräte berichtet Wolffs Bureau folgendes:

Am 18. März fand hier ein Kongreß der Arbeiterräte Sachsens und von Teilen Thüringens statt. Hundert Devis- und Arbeiterräte hatten 400 Delegierte entsandt. Beschlossen wurden gegen zwei Stimmen folgende Forderungen: Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der Zeitfreiwilligen, Bildung von Arbeiterwehren unter Kontrolle der Arbeiterräte, Bildung von revolutionären Betriebs- und Arbeiterräten, Einberufung eines Zentralratkongresses, Aufrichtung revolutionärer Gerichte zur Aburteilung von Rapp, Wittwisch und der Putzisten, Entlassung aller politischen Gefangenen aus den deutschen Gefängnissen, Bezahlung der Generallstreiktagelöhne, Anwendung von Prellstrategien auf solche Unternehmer, die die Streikfrage nicht bezahlen wollen. Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands werden aufgefordert, sich diesen Forderungen anzuschließen. Der sächsische Regierung werden diese Forderungen durch eine Deputation unterbreitet.

Wir werden auf diese Tagung, wenn ein genauer Bericht vorliegt, noch zurückkommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg F. Lehnert in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 4 Seiten.